durch die spezifische Verteilung der unterschiedlichen Führungstypen auf den verschiedenen Hierarchiestufen ein Problem ergibt. Die tayloristischen Führer sind durchweg in den oberen Ebenen und die sozialorientierten Führer auf den oberen und mittleren Ebenen anzutreffen. Im mittleren Management befinden sich zudem die autoritären Führer. Dies hat zur Folge, daß partizipative Konzepte, die von einer höheren Hierarchieebene aus implementiert werden, an der mittleren Führungsebene scheitern. Dies ist eine mögliche Erklärung dafür, warum es in ostdeutschen Betrieben zu Umsetzungsproblemen bei der Einführung von Modernisierungskonzepten kommen kann.

Tendenzen der Führungsauffassungen und mögliche Ursachen

In den Untersuchungen von Lang kann im Zeitablauf eine deutliche Stabilität der Führungsauffassungen, zum Teil sogar eine Zunahme der tayloristischen Regelorientierung und eine Abnahme der Bedeutung von Partizipationsauffassungen und Dezentralisierung festgestellt werden. Unabhängig von der Betriebsgröße ist auch eine Rezentralisierung zu beobachten, also ein Rückgang der Bereitschaft, Mitarbeiter in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ursachen für diese Trends liegen u.a. in der Ausprägung und hohen Stabilität der Pflicht- und Akzeptanzwerte; Werten wie Demokratie und Autonomie kommt nach wie vor eine relativ geringe Bedeutung zu. Die beobachtete Stabilisierung der traditionellen Muster findet Langs Ansicht nach dadurch statt, daß sich Führungskräfte betriebliche Erfolge selbst zuschreiben und deswegen ihre Führungsauffassungen beibehalten; es kommt in der Konsequenz zu einer Reproduktion des Führungsmusters.

Ausblick

Hinsichtlich eines möglichen Auswegs aus der momentanen Situation vertritt Lang eine eher pessimistische Sichtweise. Die befragten Führungskräfte verharren seiner Meinung nach in ihren eingeschliffenen Führungspraktiken. Zudem beobachtet er eine Reproduktion der Führungsfachkraft. Hier liegt laut Lang ein Generationenproblem vor, das sich sehr schwer lösen läßt.

Einen möglichen Ansatzpunkt sieht er darin, dem Führungsnachwuchs die Vorteile moderner Führungspraktiken nahezubringen, was eine stärkere Managementorientierung in der Ausbildung von Betriebswirten und insbesondere auch Ingenieuren voraussetzen würde. Zudem könnten die etablierten ostdeutschen Führungskräfte durch Praktika oder Gespannmodelle erfahren, daß auch alternative Konzepte Erfolg haben.

Jacqueline Rothfels (jrs@iwh.uni-halle.de)
Anita Wölfl (awl@iwh.uni-halle.de)

Eigentums- und Vermögensstrukturen in Ostdeutschland

– eine Bestandsaufnahme –

Während es über die Angleichung von Produktivität sowie Löhnen und Gehältern zwischen Ost- und Westdeutschland hinreichend gesicherte Daten gibt, ist das Wissen über Eigentums- und Vermögensstrukturen sporadischer Natur, fragmentarisch und unsicher. Diese Informationslücke zu verringern, war der Auftrag eines Gutachtens, das die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ an das Institut für Wirtschaftsforschung Halle vergeben hatte und aus dem in diesem Beitrag einige Ergebnisse präsentiert werden. Die Eigentums- und Vermögensstrukturen werden getrennt für den Unternehmenssektor und die privaten Haushalte abgehandelt. Beim Vermögen der privaten Haushalte wird zwischen dem Geldvermögen, das aus dem Sparprozeß resultiert, und dem Grundvermögen, das mit der Zeit eine Wertsteigerung erfährt, unterschieden.[10]

[10] Auszüge aus dem Gutachten werden als IWH-Sonderheft veröffentlicht.

Tabelle 1:
Eigentümerstruktur des Unternehmensbestandes nach der Privatisierung durch die Treuhandanstalt
- Stand: 31. Dezember 1994 -

	Bestand an Wirtschaftseinheiten			Bestand an Wirtschaftseinheiten	
Aktivität	Anzahl	in vH	Eigentümerstatus	Anzahl	in vH
Liquidation	3.718	31	-		-
Kommunalisierung	310	2	Kommune	310	4
Reprivatisierung	1.588	13	Alteigentümer	1.588	19
Privatisierung	6.546	54	MBO/MBI	2.983	35
			Westdeutscher Investor	2.703	32
			Ausländischer Investor	860	10
Insgesamt Netto	12.162	100	Insgesamt	8.444	100
Treuhandanstalt	192		Treuhandanstalt	192	
Insgesamt Brutto	12.354				

Quelle: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlußstatistik; Gruppierungen und Berechnungen des IWH.

Problemstellung

Die Ausweitung staatlichen Eigentums zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Diese Eigentumsform galt letztlich als Voraussetzung für die Gestaltbarkeit der Wirtschaft nach einem zentralen Plan. So nahm das Staatseigentum an Produktionsmitteln am Ende der DDR eine beherrschende Stellung im Unternehmenssektor ein. Daneben gab es zwar auch andere Formen, das genossenschaftliche Eigentum, Mischformen von staatlichem und privatem Eigentum sowie Reste privaten Eigentums. Ihre Bedeutung war jedoch außer in der Landwirtschaft, im Handel und im Handwerk gering.

Die Wiedererrichtung marktwirtschaftlicher Verhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR setzte einen Bruch mit der Eigentumsordnung in der vierzig Jahre währenden Staatswirtschaft voraus. Der Umbau der Eigentumsverhältnisse vollzog sich dabei in drei Hauptrichtungen:

- Umgestaltung der vorhandenen staatlichen Eigentumsobjekte auf dem Wege ihrer Privatisierung,
- Umwandlung der Genossenschaften in private Rechtsformen sowie
- Gründung neuer Unternehmen auf privatwirtschaftlicher Grundlage.

Daneben gab es den vergleichsweise nahtlosen Übergang der Überbleibsel privaten Eigentums vor allem im Handwerk sowie an Wohn- und Grundbesitz.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen in der Vergangenheit die Aktivitäten der Treuhandanstalt, der in weiten Teilen die Privatisierung der staatlichen Unternehmen oblag. Deren Schlußbilanz wies einen hohen Anteil von Unternehmensverkäufen an westdeutsche und ausländische Investoren aus (vgl. Tabelle 1). Damit wurde der Eindruck genährt, die gebietsansässige Bevölkerung sei in geringem Maße am Umbau der Eigentumsverhältnisse beteiligt.[11] Unberücksichtigt bleiben dabei jedoch die Ergebnisse des neben der Privatisierung abgelaufenen regen Gründungsgeschehens.

Die Staatswirtschaft der DDR hat sich auch in den eingeschränkten Möglichkeiten der privaten Haushalte zur Vermögensbildung widergespiegelt. Seit der Vereinigung entstanden hier ebenfalls neue Spielräume. Wie der Vermögensaufbau vorangeht, welche Eigentümerstrukturen sich im Unternehmenssektor bisher ergeben haben, wie das Vermögen der privaten Haushalte gestreut ist und welche Disparitäten im Vermögen zwischen Ost und West bestehen, diesen Fragen soll im weiteren ausführlicher nachgegangen werden.

[11] So geht H.-W. Sinn – gemessen an der Anzahl der Arbeitsplätze – von einem 6-prozentigen Anteil der Ostdeutschen am Eigentum der privatisierten Unternehmen aus. – Vgl. THIMANN, C.: Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland: der lange Weg zur Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Tübingen: Mohr, 1996, S. 145.

Tabelle 2:
Eigentümerstrukturen 1995/1996 im ostdeutschen Unternehmenssektor nach verschiedenen Merkmalen[a]
- in vH -

Eigentümer	Betriebe	Beschäftigte	Geschäftsvolumen[c]	Stammkapital
	Alle Wirtschaftsbereiche			
Ostdeutsche	81	49	34	.
Westdeutsche	13	21	34	.
Ausländer	1	3	3	.
Öffentliche Hand[b]	5	27	29	.
Insgesamt	100	100	100	.
	Produzierendes Gewerbe			
Ostdeutsche	86	58	42	22 - 29
Westdeutsche	12	31	41	51 - 44
Ausländer	1	6	11	7
Öffentliche Hand	1	5	6	20
Insgesamt	100	100	100	100

[a] Die Verteilung der Betriebe, der Beschäftigten und des Geschäftsvolumens ergibt sich aus der IAB-Arbeitgeberbefragung 1996. Dabei ist zu beachten, daß hier die Fälle, bei denen keine oder keine eindeutige Zuordnung zu den Eigentümergruppen vermerkt war, ignoriert wurden (das betrifft insgesamt 7,9 vH der Betriebe). Die Verteilung nach dem Stammkapital ergibt sich aus verschiedenen Hoppenstedt-Datenbanken. – [b] Die Angaben zum öffentlichen Eigentum erstrecken sich nicht nur auf den Unternehmenssektor in der institutionellen Abgrenzung laut den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sondern beziehen auch Bestandteile der Gebietskörperschaften ein, die funktional vergleichbare Aufgaben wie Unternehmen erfüllen (z.B. Krankenhäuser). Auch der Bereich der Hoheitsverwaltung der Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen sind mit erfaßt. – [c] Unter Geschäftsvolumen wird im Unternehmenssektor im allgemeinen der Umsatz verstanden. Bei Banken und Kreditinstituten ist es als Bilanzsumme, bei den Versicherungen als Beitragssumme und bei den Nichterwerbsorganisationen als Haushaltsvolumen definiert.

Quelle: IAB-Arbeitgeberbefragung 1996, Hoppenstedt-Konzernstruktur-Datenbank 1996, Hoppenstedt-Katalog „Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den neuen Bundesländern“ vom Januar 1995; Berechnungen des IWH.

Eigentümerstrukturen im Unternehmenssektor Ostdeutschlands

Eigentumsstrukturen lassen sich am einfachsten als Anteilsgrößen der einschlägigen Eigentümergruppen an der Gesamtheit von Betrieben[12] messen. Bei diesem Konzept bleibt jedoch das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Wirtschaftseinheiten außer Betracht. Deshalb werden im folgenden verschiedene Merkmale zur Qualifizierung der Eigentümerstrukturen zugrunde gelegt: die Betriebszahl, die Beschäftigtenzahl, das Geschäftsvolumen und das Stammkapital.

Aussagen zum Eigentümerstatus von Betrieben lassen sich, da die Statistischen Ämter dieses Merkmal nicht erfassen, nur aus nichtamtlichen Quellen, wie Firmenverzeichnissen und Befragungsdateien, gewinnen. Laut der wohl repräsentativsten Datenbasis, den Ergebnissen der Arbeitgeberbefragung des IAB[13], befanden sich 1996 rund 80 vH aller Betriebe, d.h. vier von fünf, mehrheitlich in Händen von Ostdeutschen, im Produzierenden Gewerbe waren es sogar 86 vH (vgl. Tabelle 2). Aus der Gesamtsicht von Privatisierung vorhandener Betriebe und Gründung neuer selbständiger Existenzen liegt der Anteil der ostdeutschen Eigentümer bedeutend höher als in der Treuhandstatistik ausgewiesen.

Bezogen auf die Beschäftigung, ist dieser Anteil zwar niedriger, er bleibt aber verhältnismäßig hoch: Knapp die Hälfte der Beschäftigten ist in Betrieben gebietsansässiger, d.h. ostdeutscher Eigentümer, tätig. Etwa ein Viertel verteilt sich auf Betriebe in westdeutschem oder ausländischem Besitz. Reichlich ein Viertel ist bei öffentlichen Arbeitgebern

[12] Die Untersuchung stellt hier im wesentlichen auf die Erfassungseinheit Betrieb ab. Allerdings ist zu beachten, daß die Abgrenzung zwischen Betrieb und Unternehmen in den verschiedenen Erhebungen eher unscharf ist.

[13] Diese Befragung umfaßte 4.313 Betriebe aus den neuen Bundesländern. – Vgl. SCHÄFER, R.; WAHSE, J.: Trotz wirtschaftlicher Konsolidierung vieler Betriebe – weiterer Personalabbau in Ostdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/97, S. 70-89.

Tabelle 3:
Betriebsgrößen im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands 1995 nach Eigentumsformen
- in vH aller Betriebe -

Eigentümer	Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten			
	1 bis 19	20 bis 99	100 bis 249	250 und mehr
Ostdeutsche	43	50	5	2
Westdeutsche	22	43	20	14
Ausländer	29	36	19	15
Öffentliche Hand	15	42	18	25

Quelle: Hoppenstedt-Katalog „Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den neuen Bundesländern“ vom Januar 1995; Berechnungen des IWH.

(einschließlich Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) angestellt.

Bezieht man die Analyse auf das Geschäftsvolumen[14], so betragen die Anteile ost- und westdeutscher Eigentümer jeweils 34 vH. Für die ausländischen Eigentümer ergibt sich ein Anteil von 3 vH.

Nach Wirtschaftsbereichen ist die Verteilung differenzierter. Mit mehr als vier Fünfteln der Betriebe und 50 bis 75 vH der Arbeitsplätze sind die Land- und Forstwirtschaft, das Verbrauchsgütergewerbe, das Baugewerbe, Gaststätten/Heime/Wäschereien sowie das Gesundheitsgewerbe Domänen der Ostdeutschen. Die westdeutschen Eigentümer sind mit etwa einem Fünftel der Betriebe und zwischen einem Drittel und der Hälfte der Beschäftigten besonders in den Bereichen Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Grundstoffverarbeitung, Investitionsgüterherstellung, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe präsent. Die meisten Arbeitsplätze in Betrieben ausländischer Eigentümer befinden sich mit einem Anteil von einem Zehntel im Verarbeitenden Gewerbe.

Bezogen auf das Geschäftsvolumen, bleibt der vorherrschende Anteil der Ostdeutschen mit knapp 60 vH vor allem im Baugewerbe erhalten. Dagegen dominieren im Verarbeitenden Gewerbe die westdeutschen und ausländischen Eigentümer in etwa derselben Größenordnung. Im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung liegen die höchsten Anteile bei nichtgebietsansässigen und bei öffentlichen Eigentümern.

In den Zweigen des Produzierenden Gewerbes überwiegt ostdeutsches Eigentum an Betrieben mit Ausnahme der Chemischen Industrie.[15] Mit vier Fünfteln und mehr tritt es sogar signifikant häufiger im Fahrzeugbau, in der Holzindustrie sowie im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe auf. Im Bereich der Chemischen Industrie sind dagegen westdeutsche Eigentümer mit einem Anteil von 53 vH bestimmend.

Betriebe in ostdeutschem Besitz klein oder mittelgroß

Was die Verteilungsunterschiede zwischen Betriebs- und Beschäftigtenzahl nach Eigentümergruppen vermuten lassen, belegt die Gruppierung nach Betriebsgrößen: Die Betriebe in ostdeutschem Eigentum sind überwiegend klein oder mittelgroß. Laut Hoppenstedt-Datenbank gehören 93 vH der Betriebe des Produzierenden Gewerbes in ostdeutschem Eigentum zur Größengruppe mit bis zu 100 Beschäftigten, 43 vH haben sogar weniger als 20 Beschäftigte und nur 7 vH 100 und mehr. Bei den Betrieben in westdeutschem oder ausländischem Eigentum ist dagegen die Betriebsgröße von 100 und mehr Beschäftigten mit etwa einem Drittel der Betriebe deutlich stärker und die Gruppe mit weniger als 100 Beschäftigten im Umfang von etwa zwei Dritteln deutlich geringer besetzt.

Gemessen an der durchschnittlichen Zahl der Beschäftigten, sind die Betriebe in westdeutschem

[14] Unter Geschäftsvolumen wird im Unternehmenssektor im allgemeinen der Umsatz verstanden. Bei Banken und Kreditinstituten ist es als Bilanzsumme, bei den Versicherungen als Beitragssumme und bei den Nichterwerbsorganisationen als Haushaltsvolumen definiert.

[15] Für das Produzierende Gewerbe hat das IWH – gestützt auf den Hoppenstedt-Katalog „Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den neuen Bundesländern“ – die Herkunft der Anteilseigner von 4.717 Unternehmen untersucht. – Vgl. HOPPENSTEDT: Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den neuen Bundesländern. Darmstadt 1995.

Eigentum – über alle Wirtschaftsbereiche gerechnet – laut IAB-Befragung mit 27 Personen etwa dreimal und die in ausländischem Eigentum mit 37 Personen etwa viermal so groß wie die in Händen ostdeutscher Inhaber. Laut Hoppenstedt-Datenbank ist die durchschnittliche Größe der Betriebe westdeutscher Investoren im Produzierenden Gewerbe knapp viermal so hoch wie die der ostdeutschen Eigentümer. Mit Ausnahme des Bereiches Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden tritt dieser Unterschied in allen Branchen des Produzierenden Gewerbes auf.

Bezogen auf das Geschäftsvolumen im Durchschnitt je Betrieb, fallen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Investorengruppen sogar noch etwas kräftiger aus. Über alle Bereiche betrachtet, ist laut IAB-Befragung das durchschnittliche Geschäftsvolumen der westdeutschen und ausländischen Investoren pro Betrieb knapp 7 mal so groß wie das der ostdeutschen Investoren. Die Betriebe in ausländischem Besitz dürften insbesondere im Produzierenden Gewerbe deutlich mehr umsetzen. Westdeutsche Investoren, insbesondere in der Chemischen Industrie sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe realisieren, laut Hoppenstedt-Datenbank sichtlich höhere Umsätze als ostdeutsche Eigentümer. Dagegen dürften die Betriebe im Bereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden im Mittel eher ähnlich hohe Umsätze erwirtschaften wie die Betriebe in ostdeutschem Besitz.

Verteilung des Stammkapitals nach Eigentümergruppen

Zwar ist die Gesamtgröße des Anlagevermögens im ostdeutschen Unternehmenssektor aus der amtlichen Statistik bekannt, nicht jedoch seine Verteilung unter den Besitzern. Eine Orientierungshilfe liefern neben den oben beschriebenen Eigentumsverhältnissen im Unternehmenssektor Angaben zum Stammkapital. Solche hält der Hoppenstedt-Katalog „Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den neuen Bundesländern“ bereit.[16] Rechnet man die ausgewiesenen Angaben auf die Gesamtheit hoch,[17] so sind im günstigsten Falle 29 vH des Stammkapitals in Händen ostdeutscher Besitzer, 44 vH gehören westdeutschen und etwa 7 vH ausländischen Eigentümern. Die restlichen rund 20 vH sind öffentlichen Trägern zuzuordnen. Westdeutsches und ausländisches Eigentum dürften sich damit auf etwa die Hälfte des Stammkapitals erstrecken.

Diese Hochrechnung läßt jedoch die unterschiedlichen Relationen zwischen privatisierten und neu gegründeten Betrieben innerhalb der einzelnen Eigentümergruppen[18] und die dahinter stehenden Kapitalverhältnisse außer acht. So verfügen die durch Verkauf an westdeutsche oder ausländische Investoren bzw. durch Management-Erwerb oder Rückübertragung entstandenen Betriebe in ostdeutschem Eigentum erwartungsgemäß wegen des bereits bestehenden Kapitalstockes in der Startphase über deutlich mehr Kapital als die meisten Neugründungen bzw. Handwerksbetriebe. Eine Hochrechnung[19] der Verteilung des Stammkapitals unter Berücksichtigung der Anteile der verschiedenen Entstehungsformen ergibt, daß ostdeutsche Eigentümer einen Anteil am gesamten Stammkapital von etwa 22 vH, Westdeutsche und Ausländer von etwa 58 vH halten (vgl. Tabelle 2).

---

16 In der Kombination von Herkunft der Eigentümer und eingebrachtem Stammkapital lagen für 3.086 Fälle des Produzierenden Gewerbes verwertbare Angaben vor.

17 Dabei wurden die Eigentümerstrukturen laut IAB nach Betrieben – wegen des aktuelleren Datums und der genaueren Erfassung der Neugründungen und Handwerksbetriebe – als Hochrechnungsbasis genutzt.

18 Laut Arbeitgeberbefragung des IAB von 1996 sind 36 vH der Betriebe in westdeutschem Eigentum durch Privatisierung entstanden, bei den Ostdeutschen 10 vH. Die kleinen Privatbetriebe aus der DDR und die Neugründungen halten dagegen bei den ostdeutschen Eigentümern einen Anteil von 87 vH, bei den westdeutschen Investoren von 59 vH.

19 Dabei ist unterstellt, daß das Stammkapital laut Konzernstruktur-Datenbank für die größeren, privatisierten Betriebe in westdeutschem Eigentum mit 740 validen Fällen ausreichend repräsentativ ist. Für die neu gegründeten westdeutschen Betriebe wurde die durchschnittliche Stammkapitalquote kleiner bis mittlerer westdeutscher Unternehmen aus dem Hoppenstedt-Katalog angenommen. Für die große Anzahl neu gegründeter bzw. handwerklich tätiger Betriebe in ostdeutscher Hand wurde eine Quote angesetzt, die der kleiner ostdeutscher Betriebe aus dem Hoppenstedt-Katalog entspricht. Für die privatisierten ostdeutschen wurde die Quote mittlerer und großer Betriebe aus dem Hoppenstedt-Katalog angenommen. Weiterhin wurde unterstellt, daß die Anteile der übrigen Eigentümergruppen (Ausländer und Öffentliche Hand) in der Hochrechnung des Stammkapitals erhalten bleiben.

Tabelle 4:
Höhe und Verteilung des Bruttogrundvermögens der privaten Haushalte Ende 1993

Verkehrswert in DM	Haushalte			Verkehrswert		
	Anzahl	Anteile		Insgesamt	je Haushalt	
	in 1.000	in vH[a]	in vH[b]	in Mio. DM	in DM	in vH
	Alte Bundesländer					
kein Grundvermögen	14.333	-	49,5	-	-	-
0 - 30.000	158	1,1	0,5	2.225	14.082	0,0
30.000 - 100.000	423	2,9	1,5	29.127	68.858	0,5
100.000 - 250.000	3.156	21,6	10,9	586.223	185.749	9,4
250.000 - 420.000	6.148	42,1	21,3	2.031.305	330.401	32,6
420.000 - 700.000	3.026	20,7	10,5	1.614.090	533.407	25,9
700.000 - 1.000000	939	6,4	3,2	774.989	825.334	12,5
über 1.000000	745	5,1	2,6	1.183.520	1.588.617	19,0
0 bis über 1.000000[a]	14.595	100,0	50,5	6.221.479	426.271	100,0
Insgesamt[b]	28.928		100,0	6.221.479	215.066	100,0
	Neue Bundesländer[c]					
kein Grundvermögen	4.829	-	72,3	-	-	-
0 - 30.000	245	13,2	3,7	3.434	14.016	0,9
30.000 - 100.000	396	21,4	5,9	24.825	62.689	6,3
100.000 - 250.000	633	34,2	9,5	110.875	175.158	28,4
250.000 - 420.000	441	23,8	6,6	138.281	313.562	35,4
420.000 - 700.000	93	5,0	1,4	48.661	523.237	12,4
700.000 - 1.000000	(16)	(0,9)	(0,2)	(13.548)	(846.750)	(3,5)
über 1.000000	(28)	(1,5)	(0,4)	(51.347)	(1.833.821)	(13,1)
0 bis über 1.000000[a]	1.853	100,0	27,7	390.971	211.030	100,0
Insgesamt[b]	6.682		100,0	390.971	58.521	100,0

[a] Haushalte mit Grundvermögen. – [b] Alle Haushalte einschließlich der ohne Grundvermögen. – [c] Die Werte in Klammern deuten darauf hin, daß der Wert der Stichprobe durch seine geringe Besetzung unzureichend statistisch gesichert ist (relativer Standardfehler zwischen 10 und 20 vH).
Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15 (EVS 1993), Heft 2; Berechnungen des IWH.

Grundvermögen der privaten Haushalte

Vierzig Jahre unterschiedlicher Entwicklung in den beiden Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen zeigen sich besonders krass in der geringen Zahl der ostdeutschen Haushalte, die Grundvermögen besitzen. In den neuen Bundesländern besitzt rund jeder vierte Haushalt Grundvermögen[20], in Westdeutschland trifft dies auf gut jeden zweiten Haushalt zu. Gemessen am Wert des Grundvermögens, kamen 1993 auf einen Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer von 19 vH erst gut 6 vH des gesamtdeutschen Bestandes[21].

[20] Zum Grundvermögen gehören Eigentumswohnungen, mit Ein- oder Mehrfamilienhäusern bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke für Wohnzwecke und sonstige Gebäude wie Ferienwohnungen, Gartenlauben u.a., sofern es sich nicht um Teile des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens oder des Betriebsvermögens handelt.

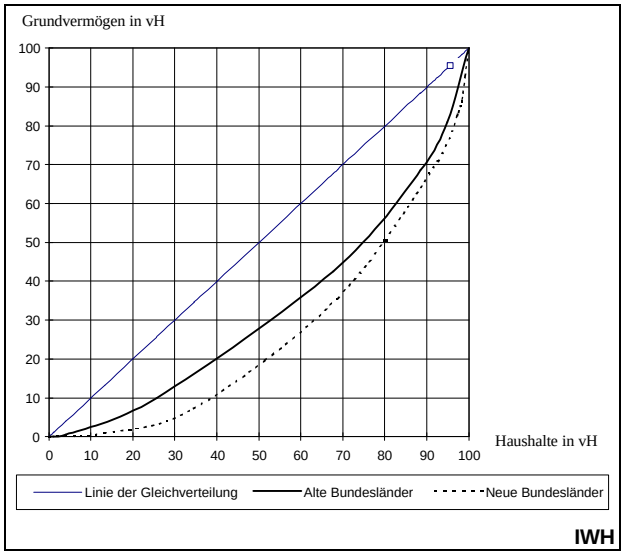
[21] Quelle dieser Angaben ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1993, mit der haushaltsbezogene Quoten in hoher Gliederungstiefe sowohl hinsichtlich des Vermögens als auch hinsichtlich sozio-ökonomischer Merkmale erhoben worden sind. Auf freiwilliger Basis wurden knapp 50.000 Haushalte (darunter rund 10.000 Haushalte in den neuen Bundesländern) in einem abschließenden Interview am Jahresende 1993 über Vermögen und Schulden befragt. Nicht berücksichtigt wurden Personen bzw. Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. Ebenso wurden Haushalte mit einem

Die Haushalte mit Grundvermögen verteilen sich zum überwiegenden Teil auf die untere Hälfte der Vermögensskala (vgl. Tabelle 4). Für jeden dritten ostdeutschen Haushalt, der 1993 über Grundvermögen verfügte, betrug der Verkehrswert bis zu 100.000 DM. Auf einen Immobilienbesitz mit einem Verkehrswert über 420.000 DM konnte nur rund jeder fünfzehnte Haushalt verweisen. Bezieht man alle ostdeutschen Haushalte in die Betrachtung ein, so bedeutet dies, daß lediglich 2 vH aller Haushalte ein Grundvermögen in dieser Höhe besaßen und damit zugleich über gut 30 vH des Gesamtbestandes an Grundvermögen verfügten. In Westdeutschland konnten gut 16 vH der Haushalte auf ein Grundvermögen mit einem Verkehrswert über 420.000 DM verweisen. Fast ein Drittel des gesamten Grundvermögens war im Besitz von knapp 6 vH aller Haushalte. Im Durchschnitt je Haushalt entsprach das Grundvermögen in Ostdeutschland einem Viertel des Wertes in den alten Bundesländern.

Bei deutlich niedrigerer Durchschnittsgröße scheint die Konzentration des Grundvermögens in Ostdeutschland stärker als in den alten Bundesländern ausgeprägt zu sein (vgl. Abbildung 1). Der Gini-Koeffizient[22] betrug 0,46 für Haushalte mit Grundvermögen in den neuen Ländern, während er in den alten Ländern 0,34 ausmachte. Für alle Haushalte nahm er den Wert von 0,85 für die neuen Länder gegenüber 0,67 für das frühere Bundesgebiet an.

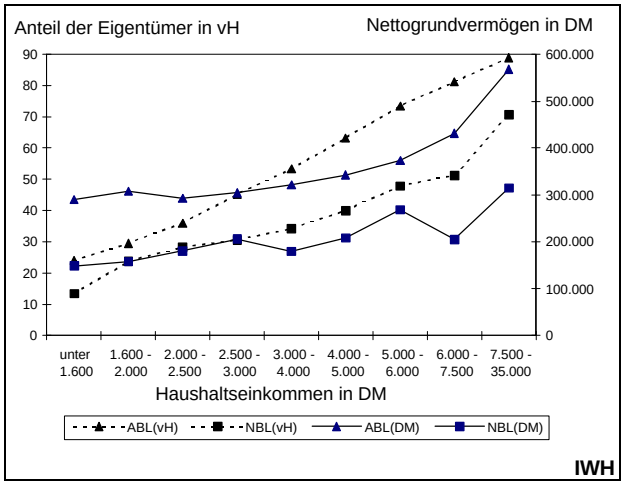
Eine entscheidende Determinante für den Besitz von Grundvermögen ist die Einkommenslage des Haushalts. Mit zunehmendem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen steigt die Eigentumsquote, d.h. der Anteil der Eigentümerhaushalte an den Haushalten insgesamt, spürbar an. So ist sie bei Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen über 7.500 DM um das Fünffache höher als in solchen mit einem Monatseinkommen unter 1.600 DM (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1:
Lorenzkurve der Verteilung des Bruttogrundvermögens für Haushalte mit Grundvermögen



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15 (EVS 1993), Heft 2; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:
Eigentumsquote und Nettogrundvermögen nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Ende 1993



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15 (EVS 1993), Heft 2; Berechnungen des IWH.

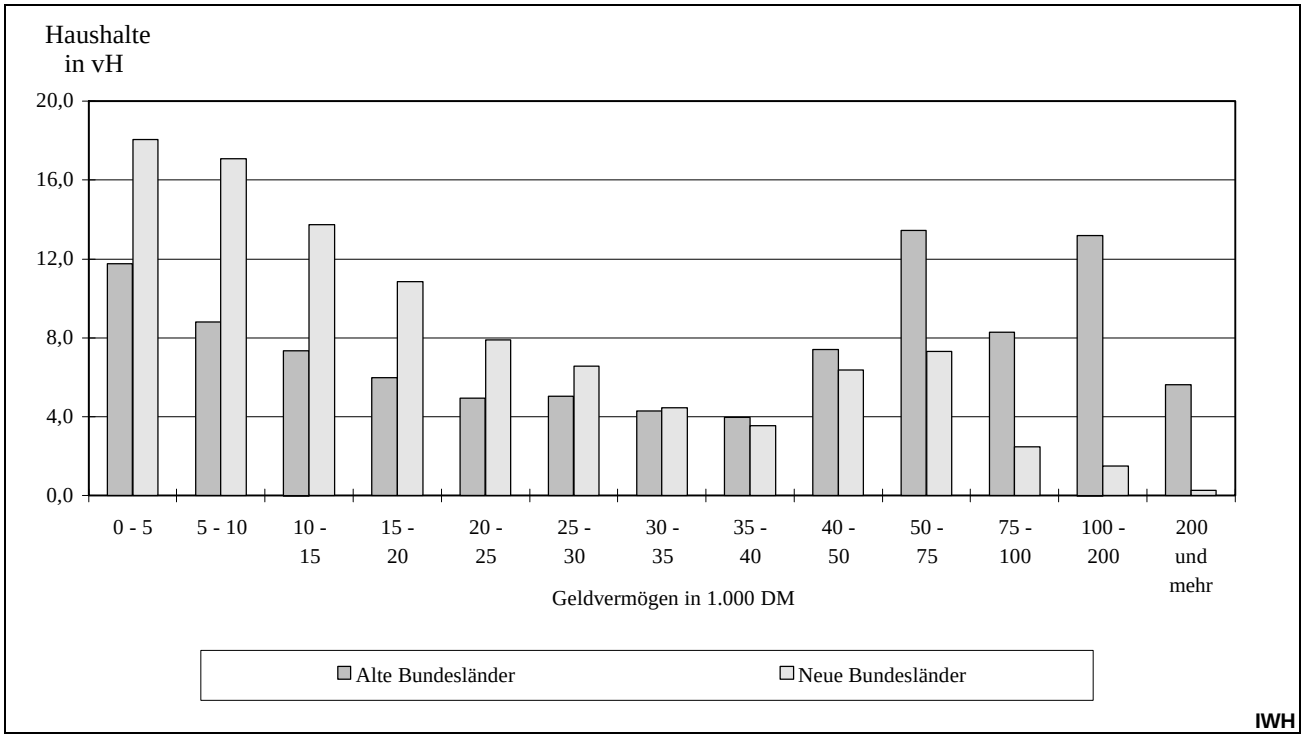
Über eine wesentliche Komponente des Grundvermögens, das Wohneigentum, gibt die Gebäude- und Wohnungszählung[23] für 1995 Auskunft. In-

monatlichem Nettoeinkommen von 35.000 DM und mehr (die im allgemeinen besonders vermögend sind) nicht in die Befragung einbezogen. Dadurch sind die Angaben insbesondere für die alten Bundesländer in den oberen Vermögensklassen eher unterbewertet.

[22] Mit dem Gini-Koeffizenten wird die Konzentration einer Verteilung gemessen. Er kann einen Wert zwischen 0 (Fall der Gleichverteilung) und 1 (Fall der vollständigen Ungleichverteilung) annehmen.

[23] Die Gebäude- und Wohnungszählung zum 30. September 1995 wurde als Totalzählung in den fünf neuen Ländern und im Ostteil Berlins durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebung basieren auf Angaben der Gebäudeeigentümer und geben unter anderem Einblick in die

Abbildung 3:
Verteilung der privaten Haushalte nach dem Bruttogeldvermögen Ende 1993



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15 (EVS 1993), Heft 2; Berechnungen des IWH.

folge der massiven öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus in den neuen Bundesländern ist der Eigentumsanteil von Privatpersonen am gesamten Wohnungsbestand – nach der Halbierung zu DDR-Zeiten – 1995 gegenüber 1990 von 41 auf 47 vH kräftig angestiegen. Der Anteil der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum bleibt aber mit 27 vH noch niedrig. Das vermietete Wohneigentum von Privatpersonen, das rund 20 vH des Wohnungsbestandes ausmacht, besitzen etwa zu zwei Dritteln Personen mit Wohnsitz außerhalb der neuen Bundesländer.

Geldvermögen der privaten Haushalte

Ein wesentlicher Teil des Vermögens der privaten Haushalte besteht aus Geldanlagen, sei es auf dem Sparbuch, als Aktien oder Versicherungen. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern ist gegenüber dem Bestand im 2. Halbjahr 1990 bis Ende 1996 auf das 2,5fache angestiegen. Dazu beigetragen haben vor allem die kräftige Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen und die starke Ersparnisbildung in den ostdeutschen Haushalten. Gemessen am Durchschnitt der westdeutschen Haushalte, entsprach das Geldvermögen eines ostdeutschen Haushalts Ende 1993 gut einem Drittel. Der Rückstand der neuen Bundesländer im Bereich der Geldvermögen beruht hauptsächlich auf den geringen Möglichkeiten zur Vermögensbildung in Ostdeutschland vor 1990 und dem damit verbundenen niedrigen Ausgangsniveau der Geldvermögen von gut 134 Mrd. DM zu Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Die Verteilung der ostdeutschen Haushalte nach Geldvermögensklassen zeigt erwartungsgemäß mit steigender Vermögensklasse eine fallende Besetzung durch die Haushalte. Ende 1993 besaß die Hälfte der ostdeutschen Privathaushalte ein Geldvermögen bis zu 15.000 DM und knapp 2 vH der Haushalte verfügten über mehr als 100.000 DM (vgl. Abbildung 3).

Die Konzentration des Geldvermögens war trotz des niedrigeren Durchschnittswertes Ende 1993 in Ostdeutschland schon beinahe so stark ausgeprägt wie in Westdeutschland. Dies überrascht nicht, denn eine deutliche Konzentration des Geldes auf

Eigentumsverhältnisse an Gebäuden und Wohnungen zum Stichtag der Befragung.

Tabelle 5:
Nettogeldvermögen[a] in Haushalten von Erwerbstätigen und Rentnern Ende 1993 nach dem Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Nettoeinkommen der Haushalte[b]	Haushalte von					
	Insgesamt		Erwerbstätigen		Rentnern	
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer[b]	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer[c]	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer[b]
	Verteilung aller Haushalte nach Einkommensgruppen in vH					
unter 1.600 DM	14,8	26,8	4,1	9,1	24,9	53,0
1.600 - 2.000 DM	8,8	12,0	5,1	8,7	15,6	16,8
2.000 - 2.500 DM	14,2	15,9	12,2	13,7	19,9	15,5
2.500 - 3.000 DM	11,1	11,7	11,2	14,0	12,4	7,1
3.000 - 4.000 DM	18,2	17,8	21,0	27,1	15,0	5,0
4.000 - 5.000 DM	13,1	9,5	17,7	16,0	6,1	(1,7)
5.000 - 7.500 DM[e]	14,6	5,9	20,7	10,5	6,0	-[d]
7.500 - 35.000 DM	5,2	(0,5)	8,0	(0,9)		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Durchschnittliches Nettogeldvermögen in DM					
unter 1.600 DM	21.349	11.674	21.022	12.397	25.648	13.345
1.600 - 2.000 DM	27.717	15.361	18.739	14.359	35.323	17.691
2.000 - 2.500 DM	39.146	20.167	34.533	16.184	45.740	23.664
2.500 - 3.000 DM	48.389	21.530	42.947	18.073	56.899	28.984
3.000 - 4.000 DM	58.313	26.197	54.122	24.483	68.594	29.839
4.000 - 5.000 DM	70.872	32.395	65.784	31.025	88.468	(51.338)
5.000 - 7.500 DM[e]	102.446	45.979	96.927	45.704	144.019	-
7.500 - 35.000 DM	193.438	(74.542)	191.033	(63.655)		
Insgesamt	62.767	21.701	70.060	24.405	52.459	18.603

[a] Bruttogeldvermögen abzüglich der Restschuld auf Konsumentenkredit. – [b] Selbsteinstufung der Haushalte vom Januar 1993; ohne Landwirte. – [c] Die Werte in Klammern deuten darauf hin, daß der Wert der Stichprobe durch seine geringe Besetzung unzureichend statistisch gesichert ist (relativer Standardfehler zwischen 10 und 20 vH). – [d] Bei einem Standardfehler von über 20 vH wird auf einen Nachweis verzichtet. – [e] Für die Rentnerhaushalte ist diese Einkommensgruppe von 5.000 bis 35.000 definiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15 (EVS 1993), Heft 2; Sonderauszählung des Statistischen Bundesamtes (unveröffentlichtes Material); Berechnungen des IWH.

Sparkonten gab es schon in der DDR.[24] In Ostdeutschland besaß 1993 die einkommensschwächere Hälfte der Haushalte nur rund 15 vH, aber 4 vH der Haushalte am oberen Ende der Vermögensskala kamen auf knapp 20 vH des gesamten Bruttogeldvermögens. Der Gini-Koeffizient hat Ende 1993 in Ostdeutschland einen Wert von 0,51, in Westdeutschland dagegen von 0,58 erreicht.

Das Geldvermögen ist eng positiv korreliert mit dem Haushaltsnettoeinkommen. Mit steigenden Einkommen steigt sowohl der Anteil der Haushalte mit Geldvermögen als auch die Höhe der Geldvermögen. Rentnerhaushalte besitzen, verglichen mit Haushalten von Erwerbstätigen in der gleichen Haushaltsnettoeinkommensgruppe, ein höheres Geldvermögen (vgl. Tabelle 5). Dies ist in den alten wie in den neuen Bundesländern zu beobachten. Ursache dafür ist zum einen der längere Zeitraum für das Ansparen, der zu diesem Vermögensbetrag führte, und zum anderen das im allgemeinen höhere Niveau der früheren Erwerbseinkommen dieser Rentnerhaushalte.

Der Vergleich der Höhe der Nettogeldvermögen in Abhängigkeit von der Höhe der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen macht deutlich, daß der

[24] In der DDR wiesen fast 60 vH der Sparkonten einen Sparbetrag unter 2.500 Mark aus, enthielten aber nur knapp 5 vH des gesamten Sparbestandes. Dagegen war auf gut 10 vH der Konten mit mehr als 20.000 Mark fast 60 vH des Sparbestandes konzentriert.

Abstand der Geldvermögen der privaten Haushalte zwischen den neuen und alten Bundesländern mit höherem Haushaltseinkommen absolut und auch relativ zunimmt.

Fazit

Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern hat stärker am Umbau der Wirtschaft teilgenommen als es die Privatisierung durch die Treuhandanstalt erwarten ließ. Infolge des regen Gründungsgeschehens befinden sich rund vier Fünftel aller Betriebe in ostdeutschem Eigentum, 14 vH gehören westdeutschen oder ausländischen Investoren und 5 vH sind Eigentum von Bund, Ländern oder Gemeinden. In den Unternehmen ostdeutscher Inhaber arbeitet etwa die Hälfte aller Beschäftigten. Beim Geschäftsvolumen liegt ihr Anteil mit einem Drittel geringfügig unter dem der Nichtgebietsansässigen. Im Produzierenden Gewerbe sprechen die Größenverhältnisse deutlicher zugunsten westdeutscher und ausländischer Investoren als in der Gesamtwirtschaft: Ostdeutsche Eigentümer realisieren zwei Fünftel, westdeutsche und ausländische Investoren reichlich die Hälfte des gesamten Geschäftsvolumens. Beim Stammkapital ist das Übergewicht der westdeutschen und ausländischen Eigentümer infolge des Aufbaus moderner Produktionsstätten mit kapitalintensiven Arbeitsplätzen noch etwas spürbarer.

Auch die Vermögensverhältnisse der privaten Haushalte haben sich seit der Vereinigung sichtlich gewandelt. Die Geldvermögen sind auf das Zweieinhalbfache angestiegen. Jeder vierte Haushalt besitzt Grundvermögen. Es konzentriert sich deutlich auf die oberen Einkommensgruppen, so daß 1993 lediglich 2 vH aller Haushalte gut 30 vH des gesamten Grundvermögens auf sich vereinten. Vor allem im Gefolge des Wohnungsneubaus stieg seit der Vereinigung der Anteil des Eigentums natürlicher Personen am Wohnungsbestand um 6 Prozentpunkte auf 47 vH, der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums allerdings nur von 24 vH auf 27 vH.

Ruth Grunert (rgr@iwh.uni-halle.de)
Brigitte Loose (blo@iwh.uni-halle.de)
Udo Ludwig (ldw@iwh.uni-halle.de)

Hohe Erwerbsbereitschaft ostdeutscher Frauen unabhängig vom Einkommensniveau

Die Erwerbsneigung der Frauen in den neuen Bundesländern ist im nationalen und internationalen Maßstab sehr hoch. Als Ursache dafür kommt zum einen ein tradiertes Erwerbsverhalten in Betracht, das durch die starke Stellung der Frau im Berufsleben der früheren DDR geprägt ist. Zum anderen ist aber auch die Tatsache des relativ niedrigen Einkommensniveaus in den neuen Bundesländern zu berücksichtigen. Auf der Basis eines mikroökonometrischen Arbeitsangebotsmodells läßt sich jedoch zeigen, daß finanzielle Erwägungen zumindest in der Vergangenheit praktisch keinen Einfluß auf die Erwerbsbereitschaft ostdeutscher Frauen ausgeübt haben. Darin unterscheiden sich die Schätzergebnisse deutlich von zahlreichen Untersuchungen für andere Industrieländer. Während üblicherweise zwischen Einkommen und Erwerbsbereitschaft ein enger Zusammenhang besteht, ist die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen nach den vorliegenden Ergebnissen weitgehend unabhängig vom Einkommensniveau. Das spricht für die These, daß Erwerbsarbeit in den neuen Ländern nach wie vor eine hohe soziale Wertigkeit hat. Die in der Vergangenheit stark subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen dürften dabei allerdings eine wichtige Voraussetzung gewesen sein.

Seit 1993 stabil hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen

Nach einer kurzen Anpassungsreaktion auf die institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik hat sich die Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen seit 1993 auf einem im Vergleich zum Westen des Landes hohen Niveau stabilisiert. Die überdurchschnittlich hohe Erwerbs-